

Cross-Border-Leasing: Kommunen drohen neue Verluste - US-Partner AIG weigert sich derzeit, aus Verträgen auszusteigen - Finanzministerium billigt Rettungsgeschäfte am Fiskus vorbei

STUTTGART. Den Wasserversorgern und einigen Kommunen im Land drohen aufgrund ihrer riskanten Cross-Border-Leasing-Geschäfte Vertragsstrafen und Mehrkosten in Millionenhöhe. Der Leasing-Partner ist nicht bereit, Vereinbarungen aufzulösen.

Von Wolfgang Messner , STZ vom 23.12.2008

Weihnachten, das Fest der Liebe, sollte auch für die beiden größten Wasserversorger in Baden-Württemberg eine Zeit des Friedens, der Einkehr und der Stille werden. Doch nun hat wieder das große Zittern begonnen. Der Grund sind abermals die hochriskanten Geschäfte aus Cross-Border-Leasing (CBL). Der Ende November eingeleitete Rettungsplan, **den bei den Ratings abgestürzten Versicherungsriesen AIG durch sichere US-Staatspapiere abzusichern, droht nun zu scheitern.** Der amerikanische Versicherungskonzern sollte bis 15. Dezember ersetzt werden. Daraus wird erst einmal nichts, denn die AIG weigert sich, die Verträge aufzulösen, und hat seinerseits der Bodensee- und der Landeswasserversorgung Vorschläge gemacht. Diese müssten nun geprüft werden, sagte ein Sprecher der Landeswasserversorgung. Genauere Angaben machte er nicht. Die neue Entwicklung hat bei den beiden Wasserversorgern nach StZ-Informationen für hektische Telefonate und erhebliche Unruhe gesorgt.

Beim **Investor, der US-Bank First Union**, haben die beiden Zweckverbände um eine Fristverlängerung um einen Monat auf 15. Januar nachgesucht und auch gewährt bekommen. Sogar kostenlos, wie ein Verhandlungsteilnehmer mit einigem Stolz verkündet. Soll heißen: Auch da wäre eine hohe Gebühr möglich gewesen. Präsentieren die Wasserversorger Mitte Januar keine Lösung, drohen ihnen spätestens danach horrenden Vertragsstrafen oder gleich Schadensersatzforderungen in Millionenhöhe.

Die beiden Zweckverbände benötigen das Geld der AIG dringend, um die bereits heftig in der Kritik stehende Rettung der Cross-Border-Leasing-Geschäfte zu finanzieren. **Die US-Staatsanleihen sollen vorbei am deutschen Fiskus über eine Deutsche-Bank-Tochter in Luxemburg gekauft und in einer zweckgebundenen Stiftung in Amsterdam geparkt werden. Ein Vorgehen, das der Verbandsvorsitzende und Stuttgarter Oberbürgermeister Wolfgang Schuster (CDU) als gerechtfertigt verteidigte,** denn für die ursprünglichen CBL-Geschäfte seien bereits 19 Millionen Euro Steuern bezahlt worden. Die Landtagsopposition und erboste Bürger kritisierten das Steuersparmodell hingegen. Der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer (Grüne) nannte die Umgehung des Fiskus "unvertretbar".

Als kommunaler Zweckverband den Fiskus links liegen zu lassen, das war der Verbandsspitze selbst nicht ganz geheuer. Vorsorglich erkundigten sich die Gewaltigen bei den Steuerbehörden, ob das Prozedere durchgehen kann. Ergebnis: kein Problem. **Das baden-württembergische Finanzministerium stellt den Steuertricksereien der Zweckverbände einen Freibrief aus.** Das Steuerrecht, so hieß es dazu aus dem Ressort von CDU-Minister Willi Stächele lapidar, gelte für öffentliche-rechtliche Körperschaften "in gleicher Weise wie für Privatunternehmen".

Vorsichtig ist hingegen das baden-württembergische Innenministerium geworden, das einst die 14

CBL-Geschäfte von Kommunen und Zweckverbänden im Land als Rechtsaufsichtsbehörde gebilligt hatte. Eine "Genehmigung des Gesamtvertragswerkes" sei bei Cross-Border-Leasing ebenso wenig vorgenommen worden wie eine "auf die Gesamttransaktion bezogene Risikobeurteilung", lautete die Auskunft des Ministeriums auf StZ-Anfrage. Die Risikoabschätzung, hieß es weiter, habe den kommunalen Körperschaften "in eigener Verantwortung" obliegen. Die Verbandsspitze um OB Schuster hatte das den Mitgliedsgemeinden noch ganz anders erklärt. Da hieß es, die Rechtsaufsicht habe Cross-Border-Leasing umfangreich auf Herz und Nieren untersucht und nichts auszusetzen gehabt. Wie die StZ aus verhandlungsnahen Kreisen erfuhr, ist der Kauf der US-Staatsanleihen als Termingeschäft angesetzt, aber aufgrund der aktuellen Schwierigkeiten noch nicht vollzogen worden.

Hinzu kommt, dass aufgrund der Rezession neuerdings die US-Anleihen in den Keller rutschen und eine geringere Rendite bieten. Das Rettungspaket droht zu scheitern. AIG liegen nach Insiderangaben eine Fülle von Auflösungswünschen von CBL-Verträgen vor. Die meisten Vertragspartner werden derzeit vertröstet, denn wie es scheint, ist AIG nicht sonderlich liquide. "Die haben Probleme, sich Gelder bei den Banken auszuleihen", sagt ein Bürgermeister einer betroffenen Stadt. Der teilverstaatlichte US-Konzern muss für einen Teil der Rückkaufsumme des Leasinggeschäfts garantieren. Dies nun scheint Berichten zufolge für den finanziell bedrängten Versicherungsriesen schwierig geworden zu sein. AIG trat in einer Stellungnahme gegenüber der Stuttgarter Zeitung diesen Gerüchten nicht explizit entgegen, sondern erklärte lediglich, man werde weiterhin alle Verpflichtungen bedienen.

Betroffen von der Schwäche sind **auch Städte wie Böblingen und Ulm**, die gegenwärtig ebenfalls von US-Seite auf nächstes Jahr vertröstet werden. In Böblingen hat die Bank of America, Investor des Geschäfts, bereits zweimal die Fristen verlängert. Dennoch sagt der Vizelandrat und Geschäftsführer des Zweckverbandes, Wolf Eisenmann, er könne "noch ruhig schlafen". **Weniger gelassen reagiert man bei der Bodensee-Wasserversorgung**. Auch zwischen den Jahren und erst recht Anfang Januar werde er bei AIG nachfragen, ob sich die Lage gebessert habe, erklärt Michael Stähler, kaufmännischer Direktor der Bodensee-Wasserversorgung. Die Stadt **Ulm** hat offenbar mehr Glück. Sie hat bereits US-Staatspapiere gekauft. Finanzbürgermeister Gunter Czisch will heute den Ausstieg von AIG zum "Kollateralwert" verkünden. Damit würde die Stadt an der Donau fast ihre Einlage bei AIG zurückbekommen. In Berichten hieß es allerdings, AIG biete statt der zu zahlenden 36 Millionen Euro nur noch 31 Millionen an. Ob fünf Millionen Euro ein kleiner Kollateralschaden wären, bleibt dahingestellt. Im Jahr 2003 hatte Ulm das Kanalnetz für 99 Jahre verkauft und zurückgemietet. Für den Ausstieg eines einzigen Vertragspartners benötigt die Stadt bereits den gesamten Barwertvorteil plus Zinsen von rund zehn Millionen Euro. Parallel führt die Stadt Auflösungsgespräche mit der PNC-Bank. Der Ausgang ist offen. Denn bislang ist noch von keinem US-Investor Interesse an einer Vertragsauflösung bekanntgeworden.

Mit **Konstanz** ist unterdessen eine weitere Stadt von der CBL-Krise betroffen. Die Bodenseestadt hatte vor acht Jahren ihre Kläranlage zum Preis von 144 Millionen US-Dollar an einen US-Trust verkauft. Die Investoren verlangten, dass die Stadt das Geschäft zusätzlich mit Versicherungen abstützen sollte. Davon ist nun nach Angaben von Oberbürgermeister Horst Frank (Grüne) eine im Rating abgestürzt. Wie teuer dieser Umbau die Stadt kommt, konnte der Oberbürgermeister nicht mitteilen. Auch die Gemeinderäte erfuhren in nichtöffentlicher Sitzung nicht, auf was sie sich da einlassen.

So oder so wird die Umstrukturierung die Kommunen und die Wasserversorger weitere Millionen kosten. **Bei der Bodensee- und Landeswasserversorgung laufen bereits Verpflichtungen von mehr als 50 Millionen Euro auf**. Damit ist der **Rest des Barwertvorteils aufgebraucht**. Auf die **Landeswasserversorgung kommen allein Kosten in Höhe von 23 Millionen Euro zu**. Die **Bodenseewasserversorgung muss für die Umstrukturierung des Geschäfts gar 27,5 Millionen Euro** ausgeben. Die **Rücklagen** beider Verbände sind damit für die nächsten Jahre **leer gefegt**. Wenn weitere Vertragspartner prekär werden, drohen neue Kosten. Mancher Bürger hatte einige Jahre den Vorteil eines etwas verbilligten Wasserpreises genossen. Dies ist nun vorbei. Durch den Wegfall der Erlöse soll der Wasserpreis im Land um bis zu 3,8 Cent pro Kubikmeter Wasser ansteigen.

